

Antrag zum LPT vom 5.7.2026

Vorstandsneuwahl, Mitgliederversammlung und Positionen

Stand: 15.5.2026

(Vorbemerkung an den LaVo):

Damit der LPT sein satzungsgemäßes Entscheidungsrecht darüber und gegebenenfalls den Wahlvorgang selbst satzungsgerecht wahrnehmen kann, wird der Landesvorstand aufgefordert, die mögliche Neuwahl des Vorstands (samt der der vorlaufenden Rechenschaftslegung und Entlastung) vorsorglich mit der Einladung des LPT vom 5. Juli 2026 den Mitgliedern anzukündigen und danach auch an vorderster Stelle in den vorläufigen Entwurf der Tagesordnung aufzunehmen. Das ist keine Vorwegnahme der Entscheidung, aber damit wird dem obersten Beschlussorgan des Landesverbandes erst ermöglicht, die Entscheidung zur Wahl zu treffen und gegebenenfalls sein Wahlrecht auf dem selben kommenden LPT auch wahrzunehmen.

Antragsteller: KV Storman sowie ... Mitglieder des Landesverbandes

„Mehr Demokratie wagen!“

Der Landesparteitag möge beschliessen:

- 1. Der Vorstand des Landesverbands wird während des Landesparteitags am 5. Juli 2026 nicht nach- sondern wie folgt **neugewählt**:*
 - a) eine Vorsitzende bzw. ein Vorsitzender,*
 - b) eine Stellvertretende Vorsitzende bzw. ein Stellvertretender Vorsitzender*
 - c) eine Schatzmeisterin bzw. ein Schatzmeister*
 - d) zwei Mitglieder der Landesgeschäftsführung sowie*
 - e) vier Beisitzerinnen und Beisitzer*
- 2. Im Falle von Neuwahl sowie Nachwahl sind der Mitgliederversammlung ein politischer/finanzieller **Rechenschaftsbericht** und den **Bericht der Revisoren** zur Kenntnis und Diskussion sowie die Möglichkeit zur **Entlastung** der bisherigen Vorstandsmitglieder zu geben.*
- 3. Bis auf weiteres werden die **Landesparteitage** vom Landesvorstand gem. § 12 (1) der Satzung des LV **als Mitgliederversammlung** eingeladen und durchgeführt werden. Von diesem Beschluss zur Regelung einer „grundsätzlichen politischen und organisatorischen Frage“ gem. § 13 (2) 4 der Satzung kann erst dann abgewichen werden, wenn die Zahl der auf Parteitagen anwesenden Mitglieder wiederholt die Teilnehmerzahl von 150 übersteigt.*
- 4. Der LPT beschließt das beigegefügte **Positionspapier** als Arbeitsgrundlage für den Landesvorstand. Über den Fortgang der Umsetzung berichtet er dem LPT/der Mitgliederversammlung und den Mitgliedern regelmäßig, mindestens jedoch halbjährig.*

Begründung:

Neben der ernüchternden Arbeitsbilanz und dem durch Mitgliederzuwachs entstandenen Legitimationsdefizit ist der Anfang 2027 anstehende Landtagswahlkampf der dritte wichtige Grund für die überfällige Neuaufstellung des Landesvorstands. Ein „weiter so“ wollen wir uns nicht vorstellen. Ein Neustart des BSW-SH, gemeinsam mit neuen Mitgliedern und Mitgliedern der ersten Stunde kann nur mit dieser umgehenden Neuwahl gelingen.

Die beantragte Neuwahl bietet die Chance zu einem rechtzeitigen Neustart auf breiter Basis. Der Verzicht auf eine Doppelbesetzung im Vorsitz sowie die ungerade Gesamtzahl an Vorstandsmitgliedern sollen Entscheidungsblockaden vermeiden helfen.

Der Landesparteitag als Mitgliederversammlung sichert die möglichst gleichberechtigte Beteiligung mitwirkungsbereiter Mitglieder und vermeidet die vorschnelle Einführung von Mitgliedern erster und zweiter Klasse ohne jede organisatorische Not. Das BSW, das in der Republik breiteste Beteiligung der Bevölkerung fordert, muss innerparteilich Vorbild sein. Die Begründungen des Neuwahlantrags machen eine Neuausrichtung und Konzentration der organisatorischen und politischen Arbeit des Landesvorstands zwingend.

Wer an der politischen Willensbildung der Bevölkerung mitwirken will, der muss selbst überhaupt erst einmal in der eigenen Organisation in die Willensbildung durch politische Beschlussfassungen eintreten. Das macht einen demokratischen Aufbau der Organisation, transparente Information und eine kontinuierliche Beteiligung der Mitglieder an der Parteilarbeit notwendig.

Die Begründung im Einzelnen:

1. *Der jüngst sprunghaft von zur letzten Vorstandswahl etwa 60 auf seit wenigen Wochen 410 angewachsene Mitgliederbestand macht eine neue Legitimation erforderlich, soll das bisherige Legitimationsdefizit behoben werden. Dies ist Voraussetzung für einen handlungsfähigen, handlungsbereiten und vor allem breit akzeptierten Landesvorstand.*
2. *Der einst dreizehnköpfige Vorstand hat in kürzester Zeit zahlreiche Rück- und Austritte erlebt, darunter der Co-Vorsitzende, zweimal Stellv. Vorsitzende und drei Beisitzer.*
3. *Darüber hinaus stockt der Aufbau des Landesverbandes (erst 5 von möglichen 16 Kreisverbänden sind gegründet) und zur Gründung bereit stehende Kreisverbände werden durch Versagen der notwendigen Einladung durch den Landesvorstand behindert.*
4. *Diese verschleppte Organisation notwendiger Basisstrukturen führt zur Behinderung demokratischer Beteiligung und dazu, dass bereits erhebliche Anteile der Neumitglieder wieder ausgetreten sind (bis zu 35%). Ein alarmierender Prozess, der aufgehalten werden muss.*

5. *Es fehlt im zweiten Jahr seit Gründung des Landesverbandes an jeglicher politischer-inhaltlicher Meinungsbildung, die zentrale Aufgabe jeder Partei. Entsprechende Beschlüsse, welche eine solche dokumentieren könnten, gibt es nicht.*
6. *Offizielle, verbindliche Binnen-Kommunikation gibt es nur in homöopathischen Dosen, von Transparenz oder gar Mitwirkungsattraktivität kann nicht die Rede sein.*
7. *Die versprochene Zusammenarbeit und die anstehenden Aufgaben im Landesvorstand werden auf dramatische Art und Weise nicht erfüllt. Regelmässige Ankündigungen, Vertröstungen und Hinweise auf fehlende Kapazitäten sind ein trauriges Eingeständnis offenkundiger Überforderung.*
8. *Die völlige Abwesenheit von Öffentlichkeitsarbeit schadet dem BSW-SH spürbar und die Aktivisten vor Ort werden alleine gelassen. Weder gibt es regelmässige öffentliche Veranstaltungen, noch auch nur politische Presseerklärungen. Das BSW-SH findet aktuell - mit Ausnahme vorbildlich aktiver einzelner Mitglieder und Unterstützer hier und da - als Landespartei öffentlich nicht statt.*
9. *Die lobenswert vielfältige fachliche Vorarbeit in den verschiedenen Landesarbeitsgemeinschaften braucht dringend eine Ergänzung um strategische Einordnung und Gewichtung, andernfalls wäre deren Arbeit ohne Wirkung.*
10. *Es kann - unter der gegebenen Führung - nicht damit gerechnet werden, dass das BSW Schleswig-Holstein in absehbarer Zeit im ganzen Land überhaupt organisiert sein wird.*
11. *Parteien haben die wichtige Aufgabe sich nach eigener Meinungsbildung durch Beschlussfassungen an der Willensbildung der Bevölkerung zu beteiligen. Sie haben sich dabei nach demokratischen Prinzipien zu gliedern und im internen Meinungsbildungsprozess demokratisch von unten nach oben zu verfahren. Die unmittelbare Beteiligung der Mitglieder ist einer nur mittelbaren Vertretung stets vorzuziehen. Erst schwer zu handhabende Versammlungen können eine Grenze dieser Beteiligung der Mitglieder darstellen. Das Motto sollte also für das BSW stets lauten: „So lange und unmittelbar mitwirken wie nur möglich, und erst dann mittelbar delegieren, wenn unbedingt nötig“.*
12. *Das beigegefügte Positionspapier dient dem Landesvorstand als Arbeitsauftrag des Landesparteitags/der Mitgliederversammlung. Es spiegelt damit die satzungsgemäße Aufgabenteilung zwischen dem entscheidenden obersten Organ (§ 13 (1) der Satzung) und dem ausführenden Landesvorstand in den für die Arbeit des BSW Schleswig-Holstein „grundsätzliche(n), politische(n) und organisatorische(n) Fragen, die den Landesverband betreffen“ (§ 13 (3) der Satzung).*

Positionspapier

zur Beschlussfassung als Arbeitsgrundlage für den Landesvorstand durch die Mitgliederversammlung/den Landesparteitag vom 5.7.2026

Konstruktive Kritik bleibt nie bei der Beschreibung mangelhafter Zustände stehen, sie benennt Verbesserungsmöglichkeiten. Dies gilt für die innerparteiliche Organisation, die Arbeit in und mit der Öffentlichkeit sowie für die politisch-programmatische Positionierung.

In der aktuellen Lage (s.u. anderem die „Begründung im Einzelnen“ zu diesem Antrag) werden folgende Sofort-Maßnahmen bzw. Positionierungen für notwendig gehalten:

I - Innerorganisatorisch:

1. **Zwei-Wöchentlicher Mitglieder-Newsletter:** Infos, die alle ohne Zeitbeschränkung zur Kenntnis nehmen können und der Informationspflicht des LaVo gerecht werden.
2. **Wir bieten Schulung in Demokratie:** Demokratie ist vor allem faires Verfahren, gleiches Recht für alle. Von der rechtzeitigen Einladung zu Terminen, der sinnvollen Abwicklung von Tagesordnungen, über unparteiische Sitzungsleitung bis hin zu regelgerechten Beschlussverfahren, an all diesen Dingen unterscheiden sich transparent-demokratische Vorgehensweisen von tricky-beherrschenden Machtmethoden. Das zu vermitteln in Theorie und Praxis ist Aufgabe eines jeden Vorstands einer politischen Gruppierung.
3. **Regelmäßige Treffen zur Beratung mit Vertretern der Kreisvorständen**
Der Austausch mit den Kreisverbänden v.a. in organisationspolitischen Fragen soll regelmäßig stattfinden.
4. **Mitgliedertreffen/Landesparteitage mindestens alle zwei Monate:** Die Meinungsbildung des LV durch Beschlussfassung muss endlich starten. Nur sie ermöglicht die Mitwirkung an der Meinungsbildung der Bevölkerung (die zentrale Rechtfertigung der Parteienprivilegierung nach Parteiengesetz)
5. **Initiativpflicht des LaVo:** Die Meinungsbildung ist vom LaVo anzustoßen durch jeweils mindestens je einen aktuellen Antrag zu den vier Grundsätzen des BSW bei jedem Landesparteitag.
6. Wir sollten wissen, **an welchen Orten wir bisher überdurchschnittliche Ergebnisse** hatten. Dort lohnt der Einsatz von Ressourcen besonders. Dazu wird eine Ergebnisanalyse von Europa- und Bundestagswahl erstellt werden.

7. **Konzentration ist das Gebot der Stunde:** *Ein gefühlt halbes Jahr vor der Landtagswahl werden wir schmerzliche Auswahlen zu treffen haben. Die verbleibenden acht Monate geben uns max. zwei Monate für jeden Grundsatz des BSW. Wenn wir uns nur jeweils drei Punkte je Grundsatz herausgreifen, wird ein "schmutziges Dutzend" am Themen vor uns liegen, welche wir argumentatorisch, kommunikativ und auch provokativ beschreiben müssen. Diese zwölf Punkte mögen schnell zu finden sein - allein das Weglassen der anderen hundert Anliegen ist die politische Herausforderung (siehe unten mein ad-hoc-Versuch).*
8. **Vormachen ist angesagt:** *Zu kritisieren ist wohlfeil. Nach vorne formulieren und Hoffnung anbieten ist schon besser. Aber gleichzeitig zum Beispiel auf Kanälen der Social Media kostengünstig (effizient), gezielt (effektiv) unsere Zielgruppen zu erreichen, das wäre doch was. Gleichzeitig Transparenz und persönliche Verantwortung bieten und zur Rückkopplung einladen, denn Kommunikation ist mehr als nur Werbung/PR. 101-43-39?! 101 Min. pro Tag auf Social media, 43% der unter 30-jährigen (die Wähler auch der Zukunft) erkennen Einfluss dieser Medien auf ihre Meinungsbildung und 39% der Deutschen nutzen Social Media als Nachrichtenquelle (nur 26% dagegen Printmedien). Also dürfen wir uns bedienen: Instagram für die breite Masse, Facebook für die ältere Generation, Tik Tok für die Generation Z, Linked In für Entscheider und X für Journalisten (das ist jetzt schon anspruchsvoll). Es gilt von heute an zu zeigen, was Machen im Vergleich zu Ankündigen ist.*
9. **Mitgliederaufnahme endlich auf die Landesebene delegieren:** *Das aktuelle Prozedere mit einer Warte- und Prüfzeit(?) von bis zu zwei Monaten soll durch die endgültige Aufnahme allein durch den Landesverband ersetzt werden. §4 (4) der Bundessatzung sieht dafür die Vollmachterteilung an den Landesvorstand, der den Beitrittskandidaten vor Ort am nächsten ist - ausdrücklich vor.*

II - Arbeit in und mit der Öffentlichkeit:

1. *Alle Mitgliederversammlungen/LPT sind (presse)öffentlich. Wir lassen - nach Anmeldung auch Publikum zu (Hausrecht).*
2. **Wir müssen die Medienauswahl unserer Sympatisanten kennen und nutzen:** *Zeitungen und Rundfunk. Entweder sie verschweigen unsere Existenz oder sie mobilisieren undifferenziert auch unsere politischen Widersacher. Lasst uns die medialen Wege zu unseren Zielgruppen bewusster wählen.*
3. **Ein Muster an Testimonial zur Social-Media-Mitwirkung den Mitgliedern zur Verfügung stellen:** *A-I-D-A Attention/Aufmerksamkeit - Interest/Interesse - Desire/Wunsch - Appeal/Aufruf, das sind die vier Bausteine einer guten politischen Rede, eines Videoclips usw. Bei I*

letzterem am besten nicht länger als 150 Worte, was 1,5 Minuten entspricht. So etwas geht nicht aus dem Ärmel, jedenfalls nicht, wenn man es nicht schon hundertfach gemacht hat. Es braucht Muster zur Nachahmung für die Basis.

4. Wir müssen unsere Mitglieder, unsere Sympatisanten, die Unentschlossenen und die Nichtwähler als Zielgruppe auswählen (Zwiebelschalen-Methode vs. Zielgruppe

alle: Das BSW ist jung und klein. Als David der Politik können wir nur durch gezieltes Handeln wirklich Erfolg haben. D.h. ...

1. Nicht jeden erreichen wollen, sondern die die uns noch am ehestens wählen.
2. Nicht jedes Thema bearbeiten, sondern die, die zu unserem Kern passen UND sich von den Mitbewerbern unterscheiden.

5. Unsere Narrative stets auf unsere Zielgruppe und unser Land konzentrieren: Also immer eine Kombi aus Aufmerksamkeit für Menschen und deren konkrete Situation hier in Schleswig-Holstein generieren.

III - Politisch-programmatische Positionierung

1. Das BSW in SH muss Oppositionsstimme der Vielen sein: Das ist Mitgestaltung in einer Demokratie, welche eine Kontrolle der Regierung durch die Opposition vorsieht. Auch außerparlamentarisch gibt es jede Menge Oppositionspotential zu organisieren. Dem muss sich das BSW zuerst widmen. Parlamentsarbeit oder gar mehr kommt erst mit außerparlamentarischer Stärke und wenigstens zwei Perioden Parlamentserfahrung. Die schweren Fehleinschätzungen von Thüringen und Brandenburg (in Sachsen kam es zu keiner Koalition), wo uns nach 3 Sondierungen und 2 Regierungsbeteiligungen zur Bundestagswahl 135.000 Wähler enttäuscht die Stimme verweigerten, dürfen nicht noch einmal passieren. Sahra Wagenknecht wäre heute Vorsitzende einer BSW-Bundestagsfraktion und Friedrich Merz wäre bei der Union nicht einmal das.

2. Auf Betroffene neoliberaler Politik zugehen: Landtagswahl- oder gar Regierungsprogramme, die parlamentarische oder gar regierungsamtliche Umsetzungen wichtiger Ziele versprechen, produzieren angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse nur müdes Lächeln, Misserfolg und Verdruss. Politische Arbeit nicht für, sondern mit den Menschen ist vor allem demokratische Selbstermächtigung, Organisation von sozialen Bewegungen und somit Voraussetzung der Hoffnung auf Besserung ihrer Situation.

IV - Ein erster Themen-Vorschlag für ein BSW-Programm in S-H **Wirtschaftliche Vernunft:**

1. *Das Aussenhandelsüberschuss-Modell ...
dürfte geplatzt sein. Wie transformieren wir unsere überproportional am Aussenhandel orientierte Wirtschaft zu einer am Binnenmarkt orientierten, in der der abhängig Beschäftigte Kaufkraft gewinnt und nicht mit rumänischen Niedriglöhnen verglichen wird. Gerade angesichts der geopolitischen (Energie-)Krise ist dies ein wahrlich zukunftsträchtiges, top-aktuelles Thema.*
2. *Von der zerstörerischen und unproduktiven Kriegswirtschaft ...
zurück zur zivilen Schaffung von Mehrwert für die Menschen im Land. Binnen- statt Kriegswirtschaft. Busse und Bahnen statt Drohnen und Raketen. Gerade in S-H, mit seinen Waffenschmieden, ist das von brisanter Bedeutung. (Aber aufgepasst:) Arbeiter werden gegen uns instrumentalisiert werden. Mit Argumenten z.B. des Konzernbetriebsrats des Porsche-Konzerns werden wir kompetent dagegen halten müssen.*
3. *Unsere Industrie und die Menschen in ihren Häusern und Wohnungen werden noch eine ganze Weile billiges Gas zur Wärmeerzeugung benötigen. Wir brauchen mindestens als Übergang noch für etliche Jahr(e)zehnte preiswertes Gas. Das gab es bisher nur aus Russland. Die aggressive Haltung gegenüber Russland muss schnellstens neuen Entspannungsbemühungen weichen. Denn die Nordstream 2-Pipeline muss wieder geöffnet werden. Und damit der in S-H erzeugte regenerativ erzeugte Strom über Produktions- und Verbrauchsschwankungen hinweg möglichst regional auch genutzt werden kann, müssen wir unser Augenmerk auf die Entwicklung und Nutzung modernster Speichertechniken konzentrieren. (Zur Begründung: Preisbsp: x Cent dem Produzenten, y Cent dem x Überschussabnehmer z.B. Österreich und z Cent dem Verkäufer Österreich während der Flaute- und Dunkelzeit = ... Cent echte GrenzPreis der ÖkoWattStunde)
Innovative Bsp. ohne Lithium für Akkus im benachbarten Ausland sollten Hoffnung machen.*

Soziale Gerechtigkeit:

1. *Die Zahl der Arbeitslosen im Land wird angesichts der wirtschaftlichen Krise weiter ansteigen. Hier sind Förderprogramme unerlässlich, um die Integration in den zivilen Arbeitsmarkt (nicht in die Rüstungswirtschaft) zu unterstützen.*

2. *Wohnungsnot und Mietpreissteigerungen sind existenzielle Belastungen für die Menschen in unserem Land. Um Wohnungslosigkeit vorsorgend zu vermeiden sind Schutz- und Förderprogramme, vor allem aber auch der Erhalt bzw. die Verlängerung bestehender Sozialbindungen und der Neubau öffentlich (geförderter) Wohnungen dringend notwendig. Ein Verkauf öffentlicher Wohnungen, soweit überhaupt noch vorhanden hat zu unterbleiben.*
3. *Bildung ist ein Menschenrecht. Dazu gehört Schule ohne Schulgeld und die Beförderung zur Schule ohne Zuzahlung. Wenn Milliarden für die Rüstung vorhanden sind, dann ist es skandalös, wenn der Schulbesuch durch private Zuzahlungen erst möglich wird.*
1. *Eine Rente, ...von der Rentner nicht leben können ist eine Schande. Die strukturellen Schieflagen: @Beamte und Selbständige zahlen nicht ein, in Österreich besser geregelt. @Kapitaleinkünfte werden bei uns nicht herangezogen, in der Schweiz besser geregelt. @Der Staat erstattet der Rentenkasse nicht die Ausgaben für der Sozialversicherung per Gesetz auferlegten „fremden“ Leistungen. Der falsch benannten Zuschuss" des Staatshaushaltes in die Rentenkasse ist in Wirklichkeit eine seit Jahrzehnten nicht auskömmliche Erstattung. Der Staat betrügt die Beitragszahler im aktiven Berufsleben und die Rentner, Jung und Alt zugleich. Über die Jahre ist so ein gestohlener Betrag von rund 1 Billion (Tausend Milliarden) vom Staat entwendet worden.*
2. *Eine Krankenversicherung, die - ähnlich der Rente - für nicht selbst Beitragszahlende, wie Arbeitslose, Bürgergeldbezieher etc., einen nicht auskömmlichen Erstattungsbetrag durch JobCenter, Städte und Kreise erhält (die im Schnitt notwendigen rund 400 EUR werden bei Kriegsflüchtlingen (welche die Krankenhilfe ja auch benötigen) angeblich nur zu einem Drittel (rund 130 EUR) von den öffentlichen Kostenträgern ersetzt. Das heißt, für die Krankenhilfe dieser Personengruppe kommen vielfach alleine die abhängig Beschäftigten auf. Beamte, Politiker und "Kuponschneider" schleichen sich aus dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe davon. Das ist skandalös.*
3. *Ein Gesundheitswesen, das zunehmend privatisiert wird, kann den Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht werden. (Aktuelles :Bsp. Senkung der Entgelte für Psychotherapeuten, obwohl der Bedarf sprunghaft steigt.) Wir alle erleben in den Praxen und am Krankenbett im Krankenhaus, wie das Gewinnstreben im Vordergrund steht. Noch nie wurde soviel Gewinn aus dem Gesundheitssystem gepresst. Patienten erwarten aber einen Arzt, der sich um*

sie sorgt, nicht aber einen Aktionär, der „nur ihr Bestes will“. Es muss Schluss sein mit weiterer Privatisierung. Eine wohnortnahe Versorgung mit Ärzten und der Erhalt von Klinikstandorten ist unser Ziel. Wo irgend möglich wollen wir eine Re-Kommunalisierung medizinischer Angebote.

4. *Die Pflegeversicherung leidet unter den selben strukturellen Problemen, wie Renten- und Krankenversicherung. Ambulante Pflegedienste betreiben einen Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten der Pflegebedürftigen. Eine fundamentale Neuordnung dieses Bereiches, hin zu einem nach Sozialräumen, sprich Städten und Gemeinden sortierten Pflegeangebot und einer so strukturierten Verantwortung, muss diesem meist letzten Lebensabschnitt betroffener Menschen wieder die Würde zurück geben, die ihnen zusteht. Pflegebedürftige, alte und sterbende Menschen haben Zuwendung verdient, nicht auf Minuten und Sekunden runter gerechnete Abrechnungseinheiten.*

5. *(Bsp. Corona-Aufklärung
The most vaccinated place in the world - Andrew Bridgen
„Der Ort mit der höchsten Impfquote weltweit liegt in Irland.
Es ist ein Ort namens Waterford.
Dort war die Impfquote die höchste weltweit.
Dann verzeichneten sie die höchste Covid-Rate in Irland.
Und schließlich hatten sie die höchste Zahl an überzähligen Todesfällen.
Die örtliche Gesundheitsbehörde erhielt von der Weltgesundheitsorganisation eine Auszeichnung für ihren Umgang mit der Pandemie.
Sie hatten die höchste Sterblichkeitsrate, obwohl sie die höchste Impfquote hatten. Zu einem bestimmten Zeitpunkt lagen sie bei 85 % überdurchschnittlichen Todesfällen.“)
Sehr viel mehr muss man zu diesem Moloch „Corona-Regime“ nicht sagen, um die Fehlerhaftigkeit der Maßnahmen, die Un-Begründetheit der Freiheitseinschränkungen und die lange überfällige Aufklärung und auch Strafverfolgung aufzunehmen. Unverhältnismäßig und unberechtigt mit Ordnungsgeld und Strafen belegte Patienten und Ärzte müssen soweit wie begründet rehabilitiert und entschädigt werden.*

6. *Die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur (Energieversorgung, Wohnungen, Versammlungsstätten, Post, Bahn uvam) überlässt dem Markt das Geschehen. Ausserdem führt dies dazu, dass bereits Bezahltes erneut (den Kaufpreis) dem Bürger in Rechnung gestellt wird. In der Regel führt dies zu Ungerechtigkeiten, welche dem Ziel „unseres demokratischen, sozialen Rechtsstaat“ zuwider*

laufen. Gemeingut gehört deshalb in Bürgerhand. Weitere Privatisierungen werden abgelehnt, bereits durchgeführt sollen zum Bsp. bei Fälligkeit von Konzessionen zurückgeholt werden.

-
Frieden: (nur in aller Kürze):

1. *Raus aus der Nato. Ami go home. Schluss mit dem Mästen der Rüstungswirtschaft, die nur im Krieg enden kann. Eine einmal in Betrieb genommene Munitionsfabrik muss nach betriebswirtschaftlicher Logik weiter produzieren, auch wenn der Bestand zur Abschreckung längst aufgehäuft ist. So trägt unserer Wirtschaftssystem den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen (Jean Jaures, + 1914)*
2. *Die Konversion der Rüstungswirtschaft in S-H (U-Bootbau bis sonstwas) muss thematisiert werden. Wg. der Arbeitsplätze dort ist das konfliktthaft, aber vielleicht gerade deshalb nützlich.*
3. *Die Vision von der Ostsee als Meer des Friedens und Handels muss oberstes Ziel des BSW-Schleswig-Holstein sein. Das sollte die Genossen des ehemaligen Ministerpräsidenten Engholm stören. Für uns gilt: Was vernünftig ist, das macht uns gerade an, auch wenn es aus dem verdrängten Repertoire eines politischen Mitbewerbers kommt.*
4. *Der Gedanke Willy Barndts, "Weil wir Grenzen nicht verschieben wollen, müssen wir sie eben durchlässig machen" muss wieder unser Handeln leiten. "Wandel durch Annäherung", nicht Demokratie mit dem Panzer im Ausland zustellen, das funktioniert nicht. Wir fordern Diplomatie statt Kriegsvorbereitung.*
5. *Kommunale Städtepartnerschaften mit Städten insbes. in Russland müssen wieder aktiviert werden. Dazu darf man getrost die Sonntagsreden bei deren Begründung vor Jahren und Jahrzehnten aus den städtischen Archiven hervorholen. Heute wollen sie alle von der „kommunalen Aussenpolitik“, von Bindungen auf persönlicher, kultureller und sportlicher Ebene, nichts mehr wissen. In der sich selbst formierenden Gesellschaft sind all diese Bereiche längst eingespannt für die, die internationalen Spannung erhöhenden Narrative.*

Freiheit: (nur in aller Kürze):

1. *Das Corona-Regime muss als Testfall für die Freiheitseinschränkungen nie da gewesenen Ausmaßes betrachtet werden. Jede mögliche Aufklärung über die*

unsäglichen Verstöße gegen Recht und ethische Grundsätze sind wichtige Beiträge zur Wiederherstellung politischer Hygiene. Ein Untersuchungsausschuss, die Aufhebung aller Strafen und Bußgelder im Zusammenhang mit Nichteinhaltung von Maßnahmen, die Anerkennung von Impfschäden und Hilfe für Impfgeschädigte sind uns wichtige Forderungen.

- 2. Wir müssen seit den Corona-Jahren ein multiples Organversagen unseres demokratischen Rechtsstaates feststellen. Parlamentarier beschließen in wichtigen Politikbereichen gegen die ausdrückliche Mehrheit der Bevölkerung. Die Regierungen/die Exekutiven handeln zunehmend übergriffig grundrechtseinschränkend via Verordnungen. (Auch in S-H. MP Günthers Aussage bei Lanz, seine Bereitschaft zur Zensur, hat auch er während der C-Zeit ausgelebt. Das darf sich nie mehr wiederholen.) Auch wird jedes aufgeblasene und im Internet verbreitete Gerücht postwendend dazu genutzt, Gesetzes-Verschärfungen zulasten der Bürger aus der Schublade zu holen - oder es wird gerade zu diesem Zweck lanciert.*
- 3. Jedes Vollzugsdefizit wird prompt zu einer Gesetzeslücke und zum Anziehen der Daumenschrauben mißbraucht. Und sie delegieren verbotene Zensur an mit Unsummen Steuergeld finanzierte sogenannte NGOs, die als „unsere-Demokratie-Schützer“ zusammen mit genötigten Internet-Plattformen Meinungen streichen oder in ihrer Verbreitung drosseln. Wir fordern die Streichung aller Finanzierungen von Zensurmeldestellen. Betreutes Denken bzw. Diskutieren ist noch eine harmlose Beschreibung dieser autoritären, antidemokratischen Strukturen.*
- 4. Und noch immer sind die Strafverfolgungsbehörden in Deutschland - eine gerügte Ausnahme in Europa - nicht unabhängig von der Regierung.*
- 5. Und Gerichte, auch das oberste Gericht, das BVerfG, haben manch Übergriffigkeit des Gesetzgebers durch gewunken. Wir befinden uns offenbar auf einer schiefen Ebene, insbesondere in Sachen Meinungsfreiheit, die selbst ehemalige Verfassungsrichter und auch -präsidenten mahnen lassen.*
- 6. Und was sich unsere Bundesregierung an Gängelung und autoritären Tun nicht wagt national anzugehen, das wird per Individualsanktionen oder Digital Service Act an das bürokratische Monster EU abgeschoben. Arbeitsteilung zum Nachteil auch deutscher Bürger, die vor laufender Kamera verhungern dürfen, samt ihrer Partner und Kinder. Denn an ihr Ersparnis dürfen sie nicht ran (Kontensperrung), arbeiten dürfen sie nicht, ausreisen dürfen sie nicht - und*

ganz besonders perfide und durch deutsches Gesetz untermauert - helfen dürfen Dritte auch nicht. Vogelfrei im 21. Jahrhundert? Ja, das Mittelalter ist zurück und wir schauen zu im Internet.

7. *Die politisch gesteuerten und genutzten Länderverfassungsschutzbehörden sind abzuschaffen. Sie schützen nicht die Verfassung, sondern betätigen sich im Inszenieren von Narrativen, die der Regierungspolitik dienen. Mit der Erfindung von Überwachungstatbeständen, wie „Delegitimierung des Staates“ (den sie zwischenzeitlich auch wg. des öffentlichen Drucks wohl wieder zurück genommen haben) und der Stigmatisierung von Organisationen als „extremistisch“ bzw. „verfassungsfeindlich“ diskreditieren sie als Behörde ohne Rechtstitel und behindern so demokratische Kontrolle aus der Zivilgesellschaft heraus. Behörden greifen damit unzulässig in den demokratischen Meinungsstreit ein. Diese Auseinandersetzung muss verbalen auch pointiert sein können und darf nicht mit dem Totschlagvorwurf von „Hass und Hetze“ diffamiert werden. Das bestehende Strafrecht reicht zur Ahndung rechtswidriger Vorgänge aus.*
8. *Der besondere Schutzparagrafen für Politiker (§188 StGB) ist zu streichen. Politiker sind Bürger mit Mandaten und/oder Funktionen auf Zeit, also grundsätzlich Bürger wie jeder andere auch und keine Majestäten.*
9. *Eine Demokratie verträgt keine Schützengräben zwischen den Wettbewerbern. Dialog und Konsenssuche sind die elementaren Zutaten lebendiger Demokratien. Fehlt dieser Disput stirbt jede freie Debatte und mit ihr die freie Entscheidung der Wahlbürger. Das BSW lehnt jede offene und auch versteckte Diskriminierung der von Mainstream in Parteien und Medien ausgemachten „Schmuddelnder“ ab. In wirklich ruppigen Zeiten gilt daran zu erinnern: Vergleichen ist nicht gleichsetzen. Verstehen ist nicht gut heißen. Erklären ist nicht rechtfertigen. Ohne diese Grundregeln zu beachten ist ein Dialog nicht frei.*

Die Medien ...

1. *Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk war staatsfern gedacht und wird als Beute der wechselnd regierenden Parteien gehandhabt.*
2. *Der Medienstaatsvertrag verpflichtet ARD, ZDF und Deutschlandradio zu einer Grundversorgung, die Informationsvielfalt und unabhängige Meinungsbildung gewährleistet – ausdrücklich frei von kommerziellen und politischen Interessen.*

In einem Grundsatzurteil vom 15. Oktober 2025 hat das Bundesverwaltungsgericht klargestellt, dass die Beitragspflicht unter bestimmten Bedingungen tatsächlich entfallen könnte: wenn die Einseitigkeit das Gesamtprogramm betrifft, über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren anhält und ein Ausmaß erreicht, das über bloße Qualitätsmängel weit hinausgeht. Ein wissenschaftlich belastbarer Nachweis systematischer Manipulation würde das Finanzierungsmodell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seiner jetzigen Form rechtlich unhaltbar machen.

3. *„In (oben genannten) Aufsehen erregenden medienrechtlichen Verfahren (Pressespiegel:<https://leuchtturmard.de/mahnwachen-material/dokumente/4715-0-presse-spiegel-1-10-leipzig/file>) hat die Klägerseite am 15. April 2026 einen umfangreichen ergänzenden Schriftsatz beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht (Az. 7 BV 25.2291). Darin legt sie wissenschaftlich gestützt dar, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen verfassungsrechtlichen Funktionsauftrag nicht aufgrund einzelner redaktioneller Fehler verfehlt, sondern aufgrund institutioneller Strukturen, die ausgewogene Berichterstattung und Perspektivenvielfalt systematisch verhindern.“
(Jimmy Gerum, Leuchtturm ARD)*
4. *Das stetig sinkende Vertrauen der Bevölkerung in die Qualität, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit des über Kanäle und Sendemedien wachsenden Angebotes verlangt nach Korrektur. Die entsprechenden Staatsverträge fordern wir auf zu kündigen, nicht mit dem Ziel den ÖRR abzuschaffen, sondern um ihn auf seine Kernaufgaben der umfassenden Information zu konzentrieren. Ausserdem sind die Kontrollfunktionen weg von den Parteien hin zu Bürgerräten zu entwickeln. Den Beiträge zahlenden Zuschauern und Zuhörern (und Nicht-Zuschauern und Nicht-Zuhörern) sind die Journalisten verpflichtet, nicht der Politik. Zu deren Kontrolle ist ihr Berufsstand aufgefordert - eigentlich ;-).*